

Antrag

der Abg. Regina Schmidt-Kühner u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Die Wohnraumsituation für Studierende im kommenden Wintersemester

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

I. zu berichten,

1. wie hoch an den einzelnen Standorten von Universitäten, Musikhochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen die Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen in der Trägerschaft der einzelnen Studentenwerke und anderer öffentlicher oder öffentlich geförderter Träger ist (d. h. Wohnheimplätze in Relation zur Gesamtstudierendenzahl je Standort in Prozent) und wie sich diese Quote in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat;
2. wie sich zum Stichtag 1. Oktober 2001 an den einzelnen Hochschulstandorten die Relation zwischen der Anzahl der Nachfragen nach Wohnheimplätzen und der für das Wintersemester 2001/02 verfügbaren Plätze darstellt;
3. an welchen Hochschulen zum Wintersemester 2001/02 neue, zusätzliche Studiengänge angeboten werden, wie viele nominelle Studienplätze dadurch entstanden sind und wie sich die Wohnraumsituation an den betroffenen Standorten gegenwärtig abzeichnet;
4. wie viele Wohnheimplätze in den vergangenen fünf Jahren an den einzelnen Hochschulstandorten durch die Studentenwerke und andere öffentliche oder öffentlich geförderte Träger entstanden sind;
5. in welcher Größenordnung an den einzelnen Hochschulstandorten in den zurück liegenden Jahren der geringeren Studierendenzahlen privat angebotener Wohnraum für Studierende aus dem Markt ging;
6. welche Maßnahmen an den einzelnen Hochschulstandorten ergriffen wurden, um im Zuge der Internationalisierung unserer Wissenschaftslandschaft den spezifischen Problemlagen begegnen zu können, denen ausländische Studierende bei der Wohnraumbeschaffung konfrontiert sind;

7. ob es, nachdem es im Vorfeld des bevorstehenden Wintersemesters wegen der überlasteten Wohnraumsituation bereits zum Verzicht auf die Inanspruchnahme von zugewiesenen Studienplätzen gekommen ist, aus den Hochschulstandorten Informationen darüber gibt, in welcher Größenordnung es bereits in den vergangenen Jahren zu „Abwanderungen“ aus Wohnungsnot gekommen ist;
8. welche speziellen Maßnahmen an den einzelnen Hochschulstandorten im Hinblick auf das am 15. Oktober 2001 beginnende Wintersemester geplant sind, um der akuten Wohnungsnot der Studierenden erfolgreich begegnen zu können;

II. zu beschließen,

durch das zuständige Wissenschaftsministerium gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken ein Akutprogramm zu entwickeln, das mit vielfältigsten Maßnahmen (etwa: Öffentlichkeitsarbeit mit Appellen des Ministers, Garantieübernahmen gegenüber privaten Vermietern, übergangsweise Anmietung von geeigneten Leerständen) der sich abzeichnenden Notsituation der Studierenden begegnet.

27.09.2001

Schmidt-Kühner, Bregenzer, Kaufmann, Dr. Puchta, Rivoir, Utzt, Wichmann, Fischer, Gaßmann, Haller-Haid, Nagel, Maurer, Queitsch, Seltenreich, Weckenmann SPD

Begründung

Die Wohnraumversorgung der Studierenden an unseren Hochschulstandorten unterliegt zeitversetzten Zyklen: In Zeiten zurückgehender Studierendenzahlen und geringer Wohnungsnachfrage geht der „Puffer“ des privaten Wohnungsangebots aus dem Markt, während bei steigender Nachfrage das private Angebot nicht oder nicht in ausreichendem Umfang und jedenfalls zeitversetzt nachzieht, weil die Vermieter mittlerweile für private Nutzung rückverwandelt haben. Daraus entsteht Wohnungsnot, die je nach Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen größer oder kleiner ist. Es gibt aus einer Reihe von Hochschulstandorten stichhaltige Hinweise auf eine besonders angespannte Wohnraumsituation zu Beginn des kommenden Wintersemesters, die sich mitunter bereits als echter Wettbewerbsnachteil auswirkt: zugewiesene Studienplätze werden nicht in Anspruch genommen, weil keine Unterkommensmöglichkeit sichergestellt werden kann. Der Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg befindet sich in der Konkurrenz und kann sich eine solche Entwicklung nicht leisten.

Stellungnahme *)

Mit Schreiben vom 22. November 2001 Nr. 45-670.0/923 nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

I. Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen zu berichten,

1. wie hoch an den einzelnen Standorten von Universitäten, Musikhochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen die Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen in der Trägerschaft der einzelnen Studentenwerke und anderer öffentlicher oder öffentlich geförderter Träger ist (d. h. Wohnheimplätze in Relation zur Gesamtstudierendenzahl je Standort in Prozent) und wie sich diese Quote in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat;

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Die letzte Erhebung für das Jahr 2000 weist zum 31. Dezember 2000 eine landesweite Versorgungsquote von 16,59 % aus. Die Quoten für die einzelnen Standorte haben sich in den letzten 5 Jahren folgendermaßen entwickelt:

Hochschulort	Versorgungsquoten in %				
	1996	1997	1998	1999	2000
Aalen	13,35	14,22	14,24	11,77	9,71
Albstadt	2,74	3,17	3,06	2,76	2,41
Biberach	5,43	5,20	5,25	5,41	5,70
Esslingen	8,29	8,36	8,45	9,76	10,03
Freiburg	14,91	15,91	18,32	18,41	18,00
Furtwangen	24,55	18,01	17,54	15,89	22,30
Geislingen	4,02	10,58	5,12	5,18	3,12
Göppingen	6,08	6,08	6,12	5,97	5,33
Heidelberg	13,86	14,94	15,84	17,38	17,29
Heilbronn	13,77	13,57	13,47	13,21	12,84
Hohenheim	14,97	16,44	18,26	19,73	18,94
Karlsruhe	13,34	13,83	15,35	15,07	13,02
Kehl	34,62	44,51	44,28	45,61	47,17
Konstanz	19,91	22,39	24,67	24,75	23,54
Künzelsau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ludwigsburg	19,85	25,71	29,96	28,47	29,62
Mannheim	15,11	14,88	15,30	15,05	14,53
Mosbach	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nürtingen	10,74	9,23	8,89	11,94	12,84
Offenburg	12,22	12,57	10,36	9,95	9,64
Pforzheim	11,68	11,30	10,75	11,81	11,42
Ravensburg-Weing.	15,92	16,28	16,24	15,54	12,29
Reutlingen	13,05	14,94	15,99	17,98	16,74
Rottenburg	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Schw. Gmünd	14,18	15,89	18,96	19,97	19,83
Sigmaringen	15,16	17,06	15,40	14,10	14,10
Stuttgart	13,14	15,73	17,10	15,84	14,46
Trossingen	16,59	17,18	17,06	19,21	17,76
Tübingen	19,67	21,57	25,25	25,31	23,99
Ulm	22,33	23,66	24,40	22,43	20,31
VS-Schwenningen	5,95	9,39	8,39	7,50	4,24
insgesamt	15,17	16,33	17,64	17,63	16,59

2. wie sich zum Stichtag 1. Oktober 2001 an den einzelnen Hochschulstandorten die Relation zwischen der Anzahl der Nachfragen nach Wohnheimplätzen und der für das Wintersemester 2001/02 verfügbaren Plätze darstellt;

Wartelisten, die eine Auskunft über die tatsächliche Nachfrage nach Wohnheimplätzen geben könnten, werden von den Studentenwerken nach unterschiedlichen Kriterien geführt. Wegen des hohen Verwaltungsaufwands werden statistische Angaben nur teilweise erfasst, mitunter sind die Zahlen auch nur geschätzt. Im Hinblick auf die Nachfrage sind daher keine eindeutigen Aussagen und Vergleiche zwischen den einzelnen Standorten möglich. Auch liegen keine Angaben der Studentenwerke für alle Standorte vor.

Die Studierenden bewerben sich in der Regel bei allen Wohnheimträgern am gewünschten Studienort. Auch enthalten die Wartelisten Bewerber, die bereits einen Wohnplatz haben, aber z. B. in ein anderes Wohnheim wechseln möchten. Viele Studierende bewerben sich vorsorglich, auch wenn die Entscheidung über den künftigen Studienort noch nicht getroffen ist. Häufig erhalten die Studentenwerke keine Rückmeldungen der Bewerber, wenn diese eine andere Unterkunft

gefunden haben oder an einem anderen Ort ihr Studium aufnehmen. Die großen Wartelisten zu Semesterbeginn bauen sich erfahrungsgemäß im Laufe der ersten Wochen relativ schnell ab. Die Warteliste in Freiburg umfasste beispielsweise zum 1. Oktober 2001 2 050 Anträge, Ende Oktober waren noch 180 Bewerber verzeichnet. Auch sind die Studentenwerke zuversichtlich, dass die verbleibenden Interessenten und Notfälle bis zum Sommersemester versorgt werden können. Ein Überblick über den verfügbaren Wohnraum zum Wintersemester 2001/02 ergibt sich aus nachstehender Tabelle.

Studentenwerk	Standort	Wohnplätze der Studentenwerke insgesamt (Eigentum und angemietet)	Verfügbarer Wohnraum zum WS 2001/02	Nachfrage	Relation	Warteliste
Freiburg	Freiburg	3.018	697	k. A.	k. A.	ca. 2.050
	Furtwangen	388	149	k. A.	k. A.	ca. 900
	Offenburg	220	172	k. A.	k. A.	ca. 900
	Vill.-Schwenn.	20	10	k. A.	k. A.	k. A.
Heidelberg	Heidelberg	3.062	942	2.247	41,9%	900
Hohenheim	Hohenheim	821	140	500	28,0%	k.A.
	Esslingen	382	185	250	74,0%	k.A.
	Göppingen	24	5	10	50,0%	k.A.
	Nürtingen	300	127	250	50,8%	k.A.
Karlsruhe	Karlsruhe	1.094	126	2.142	5,9%	2.010
	Pforzheim	186	3	114	2,6%	114
Konstanz	Konstanz	1.521	k.A.	k.A.	k.A.	920
Mannheim	Mannheim	2.397	740	1.408	52,6%	668
Stuttgart	Stuttgart	3.393	335	1.389	24,1%	1.054
	Ludwigsburg	862	243	289	84,1%	46
Tübingen	Tübingen	3.757	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
	Reutlingen	110	59	k.A.	k.A.	k.A.
Ulm	Aalen	258	65	k. A.	k. A.	159
	Biberach	63	5	k. A.	k. A.	33
	Schw. Gmünd	278	62	k. A.	k. A.	44
	Ulm	1.602	181	k. A.	k. A.	350

Die Erhebung beschränkt sich auf die Wohnplätze der Studentenwerke, die Nachfragesituation bei den sonstigen Wohnheimträgern entspricht erfahrungsgemäß den Werten der Studentenwerke.

3. an welchen Hochschulen zum Wintersemester 2001/02 neue, zusätzliche Studiengänge angeboten werden, wie viele nominelle Studienplätze dadurch entstanden sind und wie sich die Wohnraumsituation an den betroffenen Standorten gegenwärtig abzeichnet;

Landesweit gesehen wurden zum Wintersemester 2001/02 26 neue, zusätzliche Studiengänge angeboten. Dadurch sind ca. 800 Studienplätze entstanden. Hierbei ist zu beachten, dass bei einigen Studiengängen keine Zulassungsbeschränkungen bestehen. Die Schaffung zusätzlicher Studienangebote ist für sich allein gesehen nicht ursächlich für die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Studierenden an den einzelnen Standorten. Bei der Betrachtung und der Bewertung der Versorgungslage sind weitere Rahmenbedingungen wie die wieder steigenden Studierendenzahlen, die wachsende Zahl der ausländischen Studierenden, aber auch die unterschiedliche Struktur der Wohnheimplätze wie z. B. die befristete Verfügbarkeit sowie die Sanierungsbedürftigkeit zu berücksichtigen. Auf Grund der Ausbaumaßnahmen der Berufsakademien fragen auch deren Studierende verstärkt Wohnplätze nach.

Standort	Neue Studiengänge	Entstandene Studienplätze	gegenwärtige Wohnraumsituation
Freiburg Universität	2	60	Trotz relativ guter Versorgungsquote bestehen insbesondere Schwierigkeiten bei der Unterbringung ausländischer Studierender.
Heidelberg Universität	2	mind. 60	Insbesondere bestehen Schwierigkeiten bei der Unterbringung ausländischer Studierender.
Karlsruhe Universität	3	ca. 85 teilweise keine Zulassungsbeschränkung	Die Versorgungsquote ist unterdurchschnittlich, ein großer Teil der Wohnplätze ist sanierungsbedürftig.
Konstanz Universität	2	ca. 70	Trotz überdurchschnittlich hoher Versorgungsquote bestehen zunehmende Probleme bei der Unterbringung der Studierenden.
Mannheim Universität	2	65	Die Unterbringung der Studierenden wird zunehmend schwieriger.
Stuttgart Universität	6	mind. 143 (teilweise keine Zulassungsbeschränkung)	Zunehmende Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Studierenden. Hohe Ausländeranteile in den Wohnheimen.
Fachhochschule der Medien	1	75 (Studienanfänger)	
Hohenheim/ Stuttgart Universität	1 gemeinsamer Studiengang	60	In Hohenheim bestehen zunehmende Schwierigkeiten bei der Unterbringung ausländischer Studierender.
Tübingen Universität	1	30	Trotz höchster Versorgungsquote im Land bestehen zunehmend Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Studierenden. Ein hoher Anteil der Wohnplätze ist sanierungsbedürftig.
Ulm Universität	4	mind. 43 teilweise keine Zulassungsbeschränkungen	Eine ausreichende Versorgung der Studierenden ist derzeit gewährleistet. Ein hoher Anteil der Wohnplätze steht nur befristet zur Verfügung.
Furtwangen Fachhochschule	1	30 (Studienanfänger)	Eine gute Versorgung der Studierenden ist gewährleistet. Der private Wohnungsmarkt ist noch aufnahmefähig, die Mieten sind relativ günstig.
Heilbronn Fachhochschule	1	75 (Studienanfänger)	Eine gute Versorgung der Studierenden ist trotz unterdurchschnittlicher Versorgungsquote gewährleistet. Der private Wohnungsmarkt ist noch aufnahmefähig, die Mieten sind relativ günstig.

4. wie viele Wohnheimplätze in den vergangenen fünf Jahren an den einzelnen Hochschulstandorten durch die Studentenwerke und andere öffentliche oder öffentlich geförderte Träger entstanden sind;

In den vergangenen fünf Jahren sind insgesamt 1 611 Wohnplätze für Studierende geschaffen worden. Hierin sind auch angemietete Plätze enthalten, die nur für einen befristeten Zeitraum zur Verfügung stehen.

Studentenwerk	Standort	zusätzliche Wohnplätze in den vergangenen 5 Jahren
Freiburg	Offenburg	69
Heidelberg	Heidelberg	201
Hohenheim	Hohenheim	50
	Esslingen	73
	Nürtingen	93
Karlsruhe	Karlsruhe	15
	Pforzheim	52
Konstanz	Konstanz	340
	Ravensburg	43
Mannheim	Mannheim	230
Stuttgart	Stuttgart	304
Tübingen	Tübingen	141
Ulm	Ulm	0
Summe		1.611

Die Angaben beziehen sich nur auf die Studentenwerke und auf öffentlich geförderten Wohnraum. Das Wissenschaftsministerium geht davon aus, dass von sonstigen Trägern wie Wohnheimvereinen und kirchlichen Trägern ohne Fördermittel des Landes Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren kein zusätzlicher Wohnraum in nennenswertem Umfang geschaffen wurde.

5. in welcher Größenordnung an den einzelnen Hochschulstandorten in den zurückliegenden Jahren der geringeren Studierendenzahlen privat angebotener Wohnraum für Studierende aus dem Markt ging;

In welcher Größenordnung die Angebote des privaten Wohnungsmarktes rückläufig waren, kann vom Wissenschaftsministerium nicht angegeben werden. Anhaltswerte ergeben sich lediglich im Hinblick auf die noch verfügbaren, geförderten Einzelzimmer und die Privatzimmervermittlung der Studentenwerke.

Die Anfang der 90er-Jahre im Rahmen der Wohnheimsonderbauprogramme geschaffenen Einzelzimmer bei privaten Vermietern fallen nach Ablauf einer zehnjährigen Bindungsfrist in zunehmendem Maße weg. Die Vermieter sind insbesondere in den Ballungsgebieten nach Ablauf der Belegungsbindung nicht mehr bereit, zu den bisherigen günstigen Konditionen weiter an Studierende zu vermieten.

Studentenwerk	Einzelzimmer Stand 31.12.2000	weggefallene Einzelzimmer in den vergangenen 5 Jahren
Freiburg	108	19
Heidelberg	540	120
Hohenheim	22	k. A.
Karlsruhe	400	224
Konstanz	18	0
Mannheim	1	44
Stuttgart	122	23
Tübingen	111	k. A.
Ulm	85	106
Summe	1.407	517

An den Universitätsstandorten betreiben die Studentenwerke in der Regel eine Privatzimmervermittlung. Die Angaben zu den vermittelten Zimmern werden jedoch sehr unterschiedlich und auch wegen des hohen Verwaltungsaufwands nur teilweise statistisch erfasst. Die Entwicklung ist an den einzelnen Standorten sehr unterschiedlich. Während die Zahl der vermittelten Zimmer im Jahr 2000 in Heidelberg, Tübingen, Hohenheim und Stuttgart im Vergleich zum Vorjahr um ca. 20% rückläufig war, konnten die Studentenwerke Freiburg, Ulm und Mannheim im Jahr 2000 mehr private Wohnmöglichkeiten anbieten als im Vorjahr. Angaben über die im Jahr 2001 vermittelten Zimmer liegen nur vom Studentenwerk Freiburg und Stuttgart vor. Hier konnten bislang mehr Unterkünfte als im Vorjahr vermittelt werden. In Freiburg lag die Steigerung sogar bei ca. 50%.

6. welche Maßnahmen an den einzelnen Hochschulstandorten ergriffen wurden, um im Zuge der Internationalisierung unserer Wissenschaftslandschaft den spezifischen Problemlagen begegnen zu können, denen ausländische Studierende bei der Wohnraumbeschaffung konfrontiert sind;

Die Studentenwerke haben in Zusammenarbeit mit den Akademischen Auslandsämtern der Hochschulen insbesondere folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuung der ausländischen Studierenden und der Wohnraumversorgung intensiviert bzw. neu aufgegriffen:

- Angebot von Service-Paketen. Dies umfasst i. d. R. die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung durch Tutoren für ein oder zwei Semester zu einem Pauschalpreis,
- Einrichtung von Info-Centern an zentraler Stelle als erste Anlaufstation,
- verstärkte Betreuung und Hilfestellung durch mehrsprachige Tutoren,
- Unterstützung bei der Zimmersuche durch die Privatzimmervermittlung und Tutoren,
- Erhöhung der Kontingente für die Akademischen Auslandsämter,
- Erhöhung der Ausländerquote in den Wohnheimen,
- Errichtung von so genannten Europahäusern und internationalen Studentenwohnheimen.

In den Wohnheimen, bei denen die Ausländerquote über 30% ansteigt, zeichnen sich jedoch zunehmende Schwierigkeiten beim gemeinsamen Zusammenleben auf engem Raum ab. Auch klagen die ausländischen Studierenden immer häufiger

darüber, dass sie kaum noch Möglichkeiten haben, Kontakte mit deutschen Mitbewohnern und -innen zu knüpfen. Eine Ausweitung der Ausländeranteile ist daher nur noch begrenzt möglich. In einzelnen Wohnheimen beträgt der Anteil bereits über 50 %.

7. ob es, nachdem es im Vorfeld des bevorstehenden Wintersemesters wegen der überlasteten Wohnraumsituation bereits zum Verzicht auf die Inanspruchnahme von zugewiesenen Studienplätzen gekommen ist, aus den Hochschulstandorten Informationen darüber gibt, in welcher Größenordnung es bereits in den vergangenen Jahren zu „Abwanderungen“ aus Wohnungsnot gekommen ist;

Dem Wissenschaftsministerium liegen keine konkreten Angaben über die Größenordnung der Studierenden vor, die zum Semesterbeginn ihr Studium nicht aufnehmen konnten oder wollten, weil die Unterbringung nicht gesichert war.

8. welche speziellen Maßnahmen an den einzelnen Hochschulstandorten im Hinblick auf das am 15. Oktober 2001 beginnende Wintersemester geplant sind, um der akuten Wohnungsnot der Studierenden erfolgreich begegnen zu können.

Die Studentenwerke haben generell eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um der steigenden Nachfrage der Studierenden zum Wintersemester 2001/02 begegnen zu können. Insbesondere wurde eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durch Flugblätter, Infostände im Stadtbereich, Anzeigen in der örtlichen Presse sowie Informationen und Aufrufe in lokalen Rundfunksendern und regionalen Fernsehsendern zur Akquirierung zusätzlicher Kapazitäten des privaten Wohnungsmarktes betrieben.

Abhängig von den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten wurden an den einzelnen Standorten weitere Vorhaben umgesetzt wie

- die Anmietung zusätzlichen Wohnraums etwa durch verstärkte Zusammenarbeit mit den Stadtverwaltungen und Wohnbaugesellschaften (z. B. in Stuttgart, Heidelberg, Ravensburg, Offenburg),
- die Verlängerung auslaufender Mietverträge (LEG-Wohnheim in Tübingen),
- die Anmietung auch nur kurzfristig verfügbaren Wohnraums (z. B. Wohnplätze in einem Schwesternwohnheim, Kooperation mit Hotels in Konstanz),
- die übergangsweise Nutzung von Gebäuden bis zu einer anderweitigen Verwendung durch die Eigentümer (Altenheim, leer stehendes Gymnasium in Konstanz),
- die Einrichtung von Notunterkünften und Doppelbelegung von Wohnraum (z. B. in Freiburg, Karlsruhe, Tübingen, Hohenheim, Konstanz, Weingarten),
- der Kauf zusätzlicher Wohngebäude (Offenburg, Ulm, Mannheim).

II. Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen, durch das zuständige Wissenschaftsministerium gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken ein Akutprogramm zu entwickeln, das mit vielfältigsten Maßnahmen (etwa: Öffentlichkeitsarbeit mit Appellen des Ministers, Garantieübernahmen gegenüber privaten Vermietern, übergangsweise Anmietung von geeigneten Leerständen) der sich abzeichnenden Notsituation der Studierenden begegnet.

Wie unter Ziffer I. 8 dargestellt, wurden entsprechende Maßnahmen bereits von den Studentenwerken in Angriff genommen. Weitere Maßnahmen werden derzeit vom Wissenschaftsministerium mit den Studentenwerken erörtert.

Dr. Frankenberg

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst